

# Laibacher Zeitung.



Nr. 263.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Freitag, 16. November

Insertionspreis bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 fr.

1866.

## Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben nachstehendes Allerhöchste Handschreiben an den Statthalter in Mähren allergnädigst zu erlassen geruht:

Lieber Freiherr v. Pöschel! Freudigst berührt durch die zahlreichen offenen Beweise treuer Anhänglichkeit, welche Ich während Meiner Anwesenheit in Meiner Markgrafschaft Mähren erhalten habe, und eingedenk des erhabenden Beispiels, welches Mein Volk von Mähren inmitten großer Kriegsbedrängnisse durch seine standhafte Treue, durch seine Opferwilligkeit und seine edle Haltung gegeben, fühle Ich Mich bei Meinem Scheiden aus diesem theueren Lande gedrungen, den Dank, den Ich in Meinem Handschreiben vom 13ten October ausgesprochen habe, mit tiefer Rührung und aller Wärme dem Volke Mährens zu wiederholen.

Unvergilgbar bleibt Meinem Herzen eingegraben, was dieses treue edle Volk für Mich und das Vaterland gethan und wodurch es einen neuen Vorbeir in den Ehrenkranz seiner Geschichte, die ein ungetrübtet Bild nie wankender Treue an Mein Haus ist, geflochten hat.

Ich will diese Treue zu vergelten suchen durch Meine warme väterliche Liebe und unausgesetzte Fürsorge für des Landes geistige und materielle Interessen, durch Förderung alles dessen, was ein Volk veredelt, seine Wohlfahrt begründet und zur Blüthe bringt, vor allem aber durch rasche Aufbictung aller Mittel, um zu lindern und zu heilen, wo durch die schweren Folgen jener unheilvollen Tage des Landes Kraft und Wohlstand geschädigt und verwundet wurde.

Sicher der Unterstützung in diesem Meinem Bestreben durch die Vertretung des Landes und das ganze Volk, dürfen wir mit Vertrauen der Zukunft entgegensehen, die bald die Wunden der Gegenwart schließen und mit Gottes Hilfe im Gemusse des Friedens auch die Segnungen desselben bringen wird.

Znam, 8. November 1866.

Franz Joseph m. p.

## Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 16. November.

Den Reigen der politischen Winterfaison eröffnen gewöhnlich die Parlamente, und man pflegt den bezüglichen Thronreden die Bedeutung von Rechenschaftsberichten oder Programmen der betreffenden Staaten nicht mit Unrecht beizulegen. Diesmal ist es Belgien, das bisher so glückliche Belgien, das zwischen zwei mächtigen Staaten gelegene kleine Belgien, welches den Reigen eröffnet. Es erfreute sich bisher des Privilegiums der Ruhe mitten in allen Stürmen, die seit dem Jahre 1848 den vulcanischen Boden des alten Europa erschüttert haben. Die Thronrede constatirt die Vortrefflichkeit der internationalen Beziehungen, spricht das Vertrauen auf loyale Erhaltung der Neutralität Belgiens aus, und diese Befriedigung, diese Hoffnung mag für den Moment ihre Berechtigung haben. Ueber die Zukunft kann sich niemand täuschen. Frankreich, welches die Arrondirung Preussens, die Absorbirung der Kleinstaaten mit seinem vollen Beifall begleitet, Frankreich, welches das Nationalitätsprincip in glücklicher Vereinigung mit dem allgemeinen Stimrecht auf sein Banner geschrieben hat, kann des kleinen Belgiens uneigennütziger Freund nicht sein. Kein scharfsichtiges Auge kann sich darüber täuschen, daß Europa schon in naher Zukunft neuen Erschütterungen entgegengeht.

Die Verhaftungen in Paris sind unheimliche Vorboden der kommenden Ereignisse. Unwillkürlich muß die Erinnerung an die Staatsstreichnacht von 1851 erwachen. Das Gerücht, des Kaisers Stelle bei öffentlichem Auftreten werde durch eine ihm täuschend ähnliche Persönlichkeit versehen, wenn es auch Lächeln erregen mag, muß doch als ein charakteristisches Zeichen der Zeit volle Beachtung finden. Es zeigt, wie eng das Volk das Dasein der imperialistischen Zustände an die Persönlichkeit des Kaisers knüpft. Doch noch immer hält eine feste Hand die Zügel Frankreichs. Noch immer ist Frankreich eine Macht, mit der man rechnen muß, und es kann uns nur zur Genugthuung gereichen, wenn wir mit dieser die Geschichte Europa's beherrschenden Macht auf dem Fuße unveränderter herzlicher Freund-

schaft stehen, wie wir dies aus dem neuesten Dementi der „Wiener Abendpost“ ersehen. Aber andererseits muß die unsichere Zukunft eine um so dringendere Mahnung für uns sein, unsere Kräfte zu sammeln, unsere innere Neugestaltung zu vollenden, durch Arbeit und Förderung der materiellen Interessen zu erstarren, um dann allen Stürmen getrost entgegengehen zu können.

Dieser Ruf ergeht an die Völker, deren gesetzliche Vertreter in wenigen Tagen versammelt sein werden. Mögen sie ihre Augen nicht vor dieser Mahnung verschließen!

## Oesterreich.

Wien. Die „Rechtshalle“ veröffentlicht den Wortlaut einer vom Justizministerium ausgearbeiteten Denkschrift, welche die Principien der projectirten neuen Gerichtsorganisation entwickelt. In der Einleitung der Denkschrift heißt es:

Eine zweckmäßige Gerichtsorganisation ist allerdings in erster Linie durch die im Staate geltenden Geseze bedingt.

Die gegenwärtigen Verhältnisse machen mit Ausnahme des bürgerlichen Gesetzbuches die Umgestaltung fast unserer ganzen Legislatur nothwendig; das materielle Strafgesez, die Strafproceßordnung, die Civilproceß- und die Concursordnung und das Gesez über Geschäfte außer Streitsachen müssen neu geschaffen werden.

Das ist nicht die Arbeit weniger Monate. Einige dieser Geseze sind bereits ausgearbeitet, bei anderen die Grundprincipien, die allgemeinen Umrisse bereits festgestellt, und da die Detail-Codification auf die Wirksamkeit der Gerichte von keinem weitreichenden Einflusse sein kann, ist es nach den Grundprincipien und allgemeinen Umrisse bereits jetzt möglich, wenigstens annäherungsweise auch die nothwendigen Fundamente für die Gerichtsorganisation zu überblicken.

Bei einer entsprechenden Gerichtsorganisation müssen zwei leitende Momente als maßgebend betrachtet werden:

1. Jedem Staatsangehörigen soll die Möglichkeit geboten werden, durch Anrufung richterlicher Organe seine gerechten, von einem Dritten bestrittenen Ansprüche geltend zu machen und sich gegen ungerechte, wider ihn erhobene Anforderungen zu schützen, und zwar beides in einer Art, welche mit der möglichst geringen Anwendung von Zeit und Kosten und mit der größtmöglichen Bürgschaft für die Gerechtigkeit des richterlichen Ausspruches verbunden ist.

2. Die Aufstellung der hierzu nöthigen richterlichen Organe soll dem Staate keinen größeren Aufwand verursachen, als zur Erreichung des Zweckes eben unabweichlich nothwendig ist.

Die größtmöglichste Bürgschaft für die Gerechtigkeit des richterlichen Ausspruches bilden allerdings Collegialgerichte und ein vielfältiger Instanzenzug; würde man aber deshalb alle Streitsachen ohne Unterschied des Objectes den Collegialgerichten zuweisen, so würde man dieselben, entweder um sie dem Rechtsuchenden näher zu rücken, in großer Anzahl aufstellen müssen und dann den Staatsaufwand für sie auf eine enorme Höhe bringen, oder man würde, um dies zu vermeiden, ihre Zahl sehr beschränken und dann dem Rechtsuchenden durch weites Zureisen oder nothwendige Aufstellung von Vertretern die Justiz sehr vertheuern. Es erübrigt daher nichts anderes, als nach Verschiedenheit des Streitobjectes bloß die wichtigeren Streitsachen den Collegialgerichten, die minder wichtigen den Einzelrichtern zuzuwenden.

Denselben Unterschied rechtfertigt auch die Strafrechtspflege; es wäre gefährlich, auch mit der Untersuchung und Entscheidung über schwere Verbrechen die Einzelrichter zu betrauen; es wäre eine Verschwendung an Zeit und Kosten, selbst Uebertretungen an die Collegialgerichte zu verweisen. Allein selbst die unbedingte Belassung aller Geschäfte bei den Einzelgerichten, welche nach der Organisation vom Jahre 1850 zu ihrer Competenz gehörten, würde entweder eine große Zahl oder einen starken Personalstand derselben nothwendig machen. Beides erhöht den Staatsaufwand und es ist daher ein unabweisliches Bedürfnis, auf Mittel bedacht zu sein, um dies zu vermeiden.

Ein solches Mittel würde die Aufstellung von Friedensrichtern bieten.

Die Denkschrift behandelt dann die Verlassenschafts-Abhandlungen und die Waisensachen und spricht sich gegen die Uebertragung der ersteren an die Notare wegen der Kostspieligkeit für die Parteien aus und beantragt, die Waisensachen den Gemeinden zu überlassen. Die Denkschrift gelangt zu folgendem Schlusse.

Bei der künftigen Gerichtsorganisation würde:

1. Die Aufstellung von einem Oberlandesgerichte,
2. von Collegialgerichten, deren einige gleichzeitig als Appell-Senate zu fungiren hätten;
3. von Einzelgerichten,
4. von Friedensrichtern, und
5. die Uebertragung der Waisensachen an die Bezirks-, beziehungsweise die Gemeindevertretungen übertragen werden.

Ob die gegenwärtige Zahl der Oberlandesgerichte beibehalten oder geändert werden kann, wird mit Rücksicht auf die Geschäftsausweise bestimmt werden.

Collegialgerichte sollen im Ganzen in den Städten bestellt werden, wo sich gegenwärtig die Landes- beziehungsweise die Kreisgerichte befinden, außer daß die Verhältnisse oder die bisherigen Erfahrungen hier und da die Aufstellung eines neuen oder die Aufhebung eines bestehenden Gerichtshofes wünschenswerth und rätzlich erscheinen lassen.

Sowohl im Interesse des Dienstes als auch in jenem der Bevölkerung ist es gelegen, daß die Grenzen des politischen Amtes mit jenen des Bezirksgerichtes zusammenfallen, und daß in dem Orte, wo das politische Amt seinen Sitz hat, jedesmal auch ein Bezirksgericht bestehe. Ob außer diesem letzteren innerhalb des Sprengels des Bezirksamtes auch noch ein zweites Bezirksgericht bestellt werden muß, hängt von der Ausdehnung des politischen Sprengels, der Situation des Amtesitzes, von der Leichtigkeit der Communication, von der Beschäftigungsart des größeren Theiles der Bevölkerung und dem Umstande ab, ob nicht in dem Sprengel, außer dem politischen Amtesitze, noch andere bedeutende Industrialorte vorhanden sind, für welche die Anwesenheit des Gerichtes im Orte ein dringendes Bedürfnis ist. . . . Es läßt sich übrigens nicht verkennen, daß die rücksichtslose Vertheilung der seit dem Jahre 1850 bis jetzt bestandenen Gerichtsbezirke in neue politische Sprengel bei der Durchführung der Organisation große Schwierigkeiten bereiten wird. Sollen künftighin die Grenzen des einen oder der mehreren Gerichtsbezirke mit jenem des sie umfassenden politischen Sprengels zusammenfallen, so müßten die Registratur-Akte, Deposita, die Waisencasse und die Grundbücher des bis jetzt einheitlich gewesenen, künftighin aber zertheilten Bezirksgerichtes ebenfalls vertheilt und an die neu gebildeten Bezirksgerichte abgegeben werden, was unbestritten gerade zu Anfang der Wirksamkeit der Gerichte nach neuen Gesezen und zum Theile mit neuen Organen weitwendige und mühsame Arbeit im Gefolge hätte.

Sollen die Friedensrichter den gewünschten Vortheil gewähren und nicht von der Bevölkerung als eine Last angesehen werden, so müssen sie so vertheilt sein, daß die Verwendung an dieselben für die Parteien ohne große, durch weite Entfernungen verursachte Mühe stattfinden kann.

An dem Orte des Bezirksgerichtes müßte jedenfalls auch ein Friedensrichter seinen Sitz haben, in welchen Städten oder an welchen Orten sie sonst noch bestellt werden sollten, würde von den Anträgen der mit den Localverhältnissen vollkommen vertrauten Corporationen und von dem Vorhandensein der dazu befähigten Persönlichkeiten umso mehr abhängen, als ihr Amt jedenfalls nur ein unentgeltliches Ehrenamt wäre.

Dieselben Anträge, wie bezüglich der Friedensrichter, müßten auch über die Frage abverlangt werden, in welchen Städten neben den Bezirksvertretungen eigene Waisens-Commissionen bestellt werden sollen.

— 14. November. Einem längern Artikel der „Debatte“: Die Parteien und die Regierung, entnehmen wir folgende Stellen: Die alten Parteien existiren heute nicht mehr; an ihre Stelle sind Gebilde getreten, die vor jenen den großen Vorzug voraus haben, daß sie Greifbares wollen und es mit ungeschwächter Energie anzustreben vermögen. Die Hegemonie der Centralisten diesseits der Leitha ist ebenso entschieden wie jenes unnatürliche Bündnis gebrochen, welches die Beschlußmänner der Partei Deal aufgenöthigt hatten. Auch in den andern Parteilagern hat sich eine heilsame Sondernung disparater Strebungen vollzogen, und sind wir auch vielleicht heute reicher an Fractionen, als wir es vor Jahr und Tag gewesen, so hat sich das Parteiwesen in seiner Gänge doch insoweit geklärt und vereinfacht, als sich zwei große Gruppen, jene der Gemäßigten und jene der Extremen, in deutlich wahrnehmbaren Umrisse auf den Hintergrund des Parteitriebes abzeichnen. Die letztere Gruppe wird sich nie zu einer geschlossenen Partei mit positiven Zwecken ausbil-

den; und ein gutes Stück Zeit und viel ehrliches Wollen wird erforderlich sein, um die Nuancen zu verwickeln, die heute noch ein einmütiges Auftreten, eine gemeinsame Action behindern. In einem Punkte stimmen jedoch beide Gruppen und alle Fractionen überein: in dem Mißtrauen gegen die Regierung. Verschiedenartig sind die Wege, verschieden sind die Ziele, die da und dort als die wichtigsten empfohlen werden. Die Ziele stehen sich zum Theil diametral entgegen, die Wege laufen zum Theil weit aneinander, darin einigen sich jedoch alle Fractionen, daß sie sich nimmer mit geschlossenen Augen der Führung der Regierung anvertrauen wollen. Die Regierung wird nimmer alle Partefractionen zu befriedigen, nimmer die Gruppe der Extremen zu gewinnen vermögen. Sie wird eben deshalb sodann die Position über den Parteien aufgeben und in den Kreis jener von diesen eintreten müssen, die sie halten und stützen, wir aber werden ohne Theoretikern erreicht haben, was die Doctrin als das höchste Kriterium des constitutionellen Lebens aufstellt: eine Majoritätsregierung, die auf der breiten Unterlage der öffentlichen Meinung fußt. Wird aber der Regierung der Ausgleich mit Ungarn gelingen? Wir erwarten dies, weil wir es erwarten müssen. Die Regierung hat wiederholt behauptet: Ungarn gewähren zu wollen, was Ungarns ist; Ungarn hat in feierlicher Weise erklärt: dem Reiche geben zu wollen, was dem Reiche gebührt. Die Regierung hat in bindender Weise das Elaborat des Fünftehner-Subcomité's als annehmbare Basis für einen allseitig befriedigenden Ausgleich anerkannt; die öffentliche Meinung diesseits der Leitha erteilt ihr die Vollmacht, auf dieser Basis Ungarn freundlichst entgegenzukommen, und sie wird dies thun müssen, denn mit engherziger Ausgleichsverfahren würden auch Hoffnungen scheitern, die weit über den Augenblick und das gegenwärtige Ministerium hinausreichen, und an ihre Stelle müßten Befürchtungen treten, die mit Hinblick auf die europäische Constellation ernstester Natur sind. Ein glücklicher Erfolg dagegen wird der Regierung das zuführen, was sie so sehr benötigt, soll sie ihre Pflichten gegen das Reich erfüllen: Das Vertrauen der Majorität auch in der westlichen Reichshälfte, und sie wird dieses Vertrauen zum allgemeinen Besten um so zuverlässiger benützen dürfen, als sie auf Thaten hinweisen kann, durch welche sie es verdient.

— Die „*Br. Abtpst.*“ meldet: Im Anschlusse an unsere gestrige Berichtigung sind wir in der Lage nach authentischer Quelle auf das bestimmteste zu versichern, daß die besten Beziehungen zwischen dem Herrn k. französischen Minister des Auswärtigen und dem Herrn k. k. Botschafter in Paris nicht einen Augenblick lang unterbrochen oder auch nur getrübt worden sind.

— Der „*Kamerad*“ enthält folgende Berichtigung: „Mehrere Blätter bringen nach der „*Kreuz-Zeitung*“ die Nachricht, die Grundzüge der von der österreichischen Regierung beabsichtigten Heeresreform rührten von dem früheren sächsischen Kriegsminister v. Rabenhorst her, und dieser selbst werde demnächst in den österreichischen Militärdienst übertreten, um die Heeresreform durchzuführen. Diese Nachricht wird uns als in allen ihren Theilen rein erfunden bezeichnet.“

**Lemberg.** Dem galizischen Landtage sollen nachstehende Vorlagen gemacht werden: das Landesbudget pro 1867; die neue Landtags-Wahlordnung; das nichtsanctionirte Gemeindestatut der Stadt Lemberg; das Gesetz über die Schulreform und endlich ein Gesetz über die Ablösung der Propinationsrechte. Die betreffenden Vorschläge, sowohl seitens der Regierung als auch seitens des Landesauschusses, sind vorbereitet. Die Frage und die Art ihrer Lösung ist für Lemberg von großer Wichtigkeit. Lemberg hat von seinem Propinationsrechte jährlich 200.000 fl. reines Einkommen.

**Friest,** 14. November. Ueber den Gesundheitszustand Ihrer Majestät der Kaiserin Charlotte von Mexico erfährt die „*Tr. Ztg.*“: Die Wahnvorstellungen Ihrer Majestät der Kaiserin Charlotte von Mexico sind in der letzten Woche wieder stärker hervorgetreten und haben sich mit anderen, früher minder entschiedenen combinirt, so daß dadurch der Zustand der hohen Patientin eine Verschlimmerung erfahren hat. Der Verlauf der Krankheit, besonders in Bezug auf die Zeit, welche derselbe in Anspruch nehmen kann, muß daher als ein möglicherweise weniger günstiger bezeichnet werden. Das körperliche Befinden hat jedoch keinerlei Störung erlitten.

## Ausland.

**Berlin.** Berliner Blätter bringen folgende Nachricht: Einem Hofgerüchte zufolge würde der König von Preußen „einer schmeichlichsten Einladung zufolge dem Kaiser Napoleon einen Besuch in Paris abstatten, der von letzterem, wenn es seine Gesundheit zuläßt, erwidert werden soll.“

— Die „*N. Allg. Ztg.*“ bringt nachstehende Mittheilung in officiöser Form: Die Nachricht von einem bevorstehenden Besuche des Königs von Sachsen in Berlin tritt in verschiedenen Blättern mit immer größerer Bestimmtheit auf. Auch hat das „*Dresdener Journal*“ ihr nicht widersprochen, denn die in diesem Blatte enthaltene Erklärung war nur gegen die

Angabe gerichtet, daß von Berlin eine Einladung an den König Johann ergangen sei. Wenn nun auch so bestimmte Thatsachen noch nicht vorliegen, daß bereits ein naher Termin für diesen Besuch bezeichnet werden könnte, so verlaute doch, daß die bezügliche Absicht von Dresden aus hieher kundgegeben worden ist. Die Ausführung eines solchen Vorhabens würde als eine erfreuliche Vorbedeutung für die Gestaltung der Verhältnisse zwischen Sachsen und Preußen betrachtet werden können. Als ein Zeichen, daß die Regierung des Königs Johann ernstlich gewillt ist, das Bundesverhältniß zu Preußen zu befestigen und das Gedeihen des norddeutschen Bundes zu fördern, kann auch der Entschluß angesehen werden, die Geschäfte der sächsischen Gesandtschaft in London dem preussischen Botschafter zu übergeben. Wir erfahren, daß dem dortigen Gesandten Sachsens bereits die betreffende Weisung zugegangen sei. Diese Initiative der sächsischen Regierung hat den von den „*Times*“ angekündigten Entschluß der britischen Regierung herbeigeführt, fortan auch ihrerseits von der Sendung eines diplomatischen Vertreters an den Hof zu Dresden Abstand zu nehmen. Uebrigens ist es ohne Grund, wenn einige Blätter aus der Anwesenheit des Herrn von Wurmb in Berlin geschlossen haben, daß dessen Thätigkeit in Sachsen schon ganz beendet sei. Derselbe kehrt wieder nach Dresden zurück, da auch nach dem Aufhören der preussischen Occupation noch mancherlei Fragen zu erledigen sind, bei denen er berufen ist, die Interessen Preußens so lange zu vertreten. In welcher Form diese künftighin stattfinden wird, das wird natürlich definitiv erst dann entschieden werden können, wenn die Frage über die diplomatische Vertretung im norddeutschen Bunde überhaupt geregelt ist. Die in der „*Weser-Zeitung*“ enthaltene telegraphische Mittheilung aus Berlin, daß in einem am 7. November gehaltenen Ministerconferenzen der Entwurf der Verfassung des norddeutschen Bundes bereits dem Könige zur Genehmigung vorgelegt und von Sr. Majestät sanctionirt worden sei, ist unbegründet.

— Von Seiten Preußens wurden bei den betreffenden Friedensabschlüssen die Zollvereinverträge je einzeln wieder erneuert. Es entsteht nun die Frage, ob durch den gewählten Modus der Wiedererneuerung der Verträge solche durch Preußen je einzeln wieder gekündigt werden können. Diese Frage ist für Hessen, das noch obendrein durch die Mainlinie getheilte Großherzogthum, eine volkswirtschaftlich-politisch bedeutende. Ist dem so, so wäre jedes Widerstreben von vornherein gebrochen. Eine einfache Drohung der Kündigung des Zollvereinvertrages würde genügen, das ganze Land in große Aufregung zu versetzen. Rheinhessen namentlich, und Mainz noch mehr, können für ihre Weinproduction und Handel sich das norddeutsche Absatzgebiet nicht verschließen lassen. Preußen dagegen würde durch Entziehung von circa 600.000 Consumenten in Starckenburg und Rheinhessen für seine Fabricate keinen allzu großen Verlust erleiden. Dennoch liegt die Gefahr bei der bekannten Tendenz unseres Ministeriums nicht außer der Möglichkeit, und man scheint dies im Lande auch wohl zu fühlen. Einen Ausdruck hiefür finden wir in dem sich bei den beginnenden Wahltagationen überall kundgebenden Bestreben, Männer in die Kammer zu bringen, die für den für Hessen unentbehrlichen Anschluß an den norddeutschen Bund zu wirken sich verpflichten.

**Vom Main,** 11. November. „Eine curiose Nation, die Deutschen,“ soll im Laufe dieses Sommers ein Franzose gesagt haben; „führen ganz ernstlich einen Bürgerkrieg mit einander, und während dessen erheben sie ganz gemüthlich Zölle auf gemeinschaftliche Rechnung an der deutschen Grenze!“ In der That ist der deutsche Zollverein stehen geblieben, während der deutsche Bund zu Fall kam; in den ersteren hat selbst der Krieg keine Bresche geschossen. Daß die Hansestädte und die beiden Mecklenburg in den Zollverein treten, ist fast wichtiger als ihr Eintritt in den norddeutschen Bund, welcher dem südlichen Deutschland fremd gegenüber steht, während in dem Zollverein Nord und Süd sich beisammen findet. Mit Ausnahme Oesterreichs leider, muß man hinzusetzen; aber was mit dem deutschen Zollverein gelungen ist, gibt einen practischen Fingerzeig, wie sich auch sonst wohl eine freundliche Wiederannäherung anbahnen ließe. Auf einer wie auf der andern Seite drängt ein wohlverstandenes Interesse des Handels und Verkehrs dazu. Im Artikel 13 des Prager Friedens ist überdies eine Revision des Handels- und Zollvertrages vom 11. April 1865 zwischen Oesterreich und dem Zollvereine im Sinne der Verkehrsvereinfachung ausdrücklich vorgehien. Wohlan, ergreife man diese Handhabe! (Wie aus Wien gemeldet worden, hat Herr von Veust die Handhabe bereits ergriffen.) Vierte man sich freischen Muths auf dem Gebiete der volkswirtschaftlichen Interessen die Hand! Je baldere man sich hiezu entschließt, um so gedeihlicher wird man in die Gegenwart eingreifen, um so wirksamer ein neues Vertrauen in die Zukunft erwecken. Und wer zuerst in verständlicher Weise entgegenkommt, der erwirbt sich ein unvergängliches Verdienst um Gesamtdeutschland, welches in der Weise, wie es jetzt ist, nicht ohne allseitigen Schaden gespalten bleiben kann.

**Hannover,** 5. November. Es ist hier gestern zu sehr heftigen Ausritten gekommen. An einer Bude auf dem Viehmarkts-Platz entspann sich, wie man mir

sagt, wegen einer Darstellung der Schlacht von Langensalza, ein Streit zwischen Hannoveranern und Preussen. Die Versuche der Polizeidiener und Landgendarmen zur Herstellung des Friedens waren vergeblich. Es wurde eine preussische Patrouille requirirt, aber mit einem solchen Steinhagel empfangen, daß weitere Hilfe kommen mußte. Es erschien eine Compagnie. Dieser gelang es. Es sollen 45 zum Theile sehr schwere Verwundungen vorgekommen sein, und die Preußen dann 60 Personen verhaftet haben. Was wird davon kommen? Mehr als einmal ist es geschehen, daß ein offener Todschlag, von preussischen Soldaten verübt, mit Schweigen begraben wurde. Eine solche That wurde verübt an einem Lohndiener, die andere an einem Gastwirth, die dritte an einer alten Frau, der das Unglück widerfuhr, auf der breiten Straße einem betrunken einhertaumelnden preussischen Soldaten allzu nahe zu kommen. Es bedarf bei solchen Vorfällen nicht einer Ausmalung der Stimmung. (Strel.)

**Rom,** 3. November. Der Brigantaggio nimmt in den Provinzen erschreckende Verhältnisse an. Die päpstlichen Truppen sind ohnmächtig gegen denselben. Die zum Theil von Italien gewonnenen Obergkeiten erheucheln große Bestürzung und verlangen von der römischen Regierung allgemeine Volksbewaffnung. Die allerorts herumerschleichenden Revolutionsagenten raunen dem Volke ins Ohr, sie müßten die Hilfe der italienischen Waffen in Anspruch nehmen. Nach Abzug der Franzosen werden die Unordnungen und der Brigantaggio in den Provinzen so groß sein, daß sich die Regierung den ärgsten Schwierigkeiten gegenübergestellt sehen dürfte.

**Paris,** 12. November. Die Verhaftungen in Paris nahmen ihren Anfang mit der Uzujunglung des Hauses Boulevard St. Michel Nr. 1, welche in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag durch eine von acht Polizeicommissären und einem höheren Officier geführte starke Abtheilung von Polizeiergeanten bewerkstelligt ward und bei welcher in einem Hinterzimmer 42 Individuen, theils Studenten, theils Arbeiter, nicht ohne theilweisen Widerstand verhaftet wurden. Derselben wurden sofort nach den in der Nähe gelegenen Gefängnissen der Polizeipräfectur abgeführt, und bereits am folgenden Tage begann ihre Vernehmung durch den Untersuchungsrichter Herrn Gonet. Inzwischen wurden noch zahlreiche Verhaftungen in Privatwohnungen vorgenommen, und im Augenblick beträgt die Zahl der Verhafteten schon 150. Man ist überzeugt, daß hier eine gewiß recht vorsichtige politische Verschwörung gebräutet wurde, die aus dem Genfer Arbeitercongrès hervorgegangen, in letzter Instanz nichts geringeres als einen Anschlag auf das Leben des Kaisers beabsichtigte. Der Glaube an ein Attentat ist so sehr verbreitet, daß man sich erzählt, es habe bereits ein solches stattgefunden, was jedoch unrichtig ist. — Nach den Berichten der „*S. B.*“ dürfte man dieser Sache keineswegs eine so ernste Bedeutung beilegen. Ein Pariser Correspondent des belgischen Blattes schreibt: Es scheint, daß sich die Sitzung im Kaffeehause, in das die bewaffnete Macht eindrang, hinauszog, weil man auch einen oder zwei Freunde erwartete, die eben nicht erschienen waren. Die Verhafteten wurden unter starker Bedeckung, je zwei Sergeants de Ville auf einen Gefangenen, abgeführt. Unter den Verhafteten befinden sich auch Mitglieder der Freimaurerloge „*Avenir*“, die auf höheren Befehl geschlossen wurde. Der hier citirte Correspondent hält die angegebene Ziffer der Verhafteten (150) für zu hoch gegriffen und meint, wenn sie ja richtig sei, sei sie bereits durch Entlassung mehrerer der Gefangenen, die von ihren Familien requirirt wurden, herabgemindert.

— Die „*Köln. Ztg.*“ bringt nachstehende interessante Mittheilung aus Paris, 11. November: Die nachträgliche Zuziehung des Prinzen Napoleon zu der Militärcommission, die nur noch eine Plenarsitzung halten wird, hat insofern eine Bedeutung, als sie den Sieg der auch vom Kaiser vertretenen Ideen über die Heeresverfassung ankündigt. So weit wie Glais-Bizains vorjähriges Amendement wird das neue Project allerdings nicht gehen; jedoch denkt die Opposition dieses oder ein ähnliches Amendement bei der Gelegenheit der Armee-reform wieder aufzunehmen, und es wäre, nachdem einmal das Princip der allgemeinen Wehrpflicht angenommen worden, immerhin möglich, daß die Kammerdebatten noch wesentliche Abänderungen des Commissionsprojectes herbeiführten. Glais-Bizains Amendement verlangte eine zweijährige Dienstzeit der zur activen Armee eingezogenen, die Organisation einer leistungsfähigen Reserve ersten Aufgebotes aus den jungen Leuten von 21 bis 26 Jahren und eines zweiten Aufgebotes, das alle wehrfähigen Bürger vom 27. bis 45. Jahre umfassen sollte. Das neue Project, dessen Einzelheiten man noch nicht hinlänglich kennt, bestimmt jedenfalls eine längere Präsenzzeit und eine weit kürzere Gesamtdienstzeit.

**London,** 9. November. Als eine seltsame Illustration zu den in Frankreich herrschenden Ansichten über den Kaiser Napoleon theilt die „*Pall Mall Gazette*“ mit, daß unter den Arbeitern von Paris die Sage geht, Louis Napoleon sei bereits seit vierzehn Tagen todt, und seine Rolle bei der Revue am Montag von einem wohlbekannten Zeltmacher gespielt worden. „Drei

Männer gibt es in Paris, welche Sr. Majestät auf das Haar gleichen — der eine ist der fragliche Zeltmacher, der andere ein Waldaufscher im Bois de Boulogne, und der dritte ein Tanzwirth auf Mont Par-nasse.“

Aus London, 10. November, wird gemeldet: Der Geburtstag des Prinzen von Wales wurde gestern in seiner Abwesenheit in aller Stille begangen; desto lebhafter war es auf den Straßen, in welchen sich dies-mal, wahrscheinlich des schönen Wetters wegen, eine ungewöhnlich große Menschenmasse angesammelt hatte, um den festlichen Zug des Lord Mayors von der City nach Westminster und zurück mit anzusehen.

Aus den Niederlanden, 8. November. Es be-stätigt sich, daß von Seiten Preußens in neuerer Zeit keine weiteren Schritte gethan worden sind, um den Eintritt des Großherzogthums Luxemburg in den nord-deutschen Bund zu betreiben.

Aus Belgrad, 9. November, erhält das „Fröbl.“ folgende Mittheilung: Ich schrieb Ihnen neulich jene Punkte, welche das neueste Memorandum der serbischen Regierung an die hohe Pforte enthält.

Tagesneuigkeiten.

Herr Viceadmiral v. Tegetthoff wird erst am 17. d. von Graz abreisen. Der Admiral geht über Eng-land nach den Vereinigten Staaten von Amerika. Vom 20. d. M. ab wird auf den Linien der Südbahn ein Agiozuschlag von 27 Percent eingeboben.

dere haben, daß es keine Stiege besitzt, sondern einen hydrau-lischen Apparat erhält, ähnlich demjenigen, welchen man jetzt in allen Vierteln der Hauptstadt von den Maurern zum Auf-ziehen der Materialien angewendet sieht.

Auf dem Teiche des Boulogner Waldchens präsentirt sich den schaulustigen Parisern seit kurzem ein Boot, das weder Ruder, Segel, noch Dampfboot ist. Der unsichtbare Motor für die Treibräder ist die Electricität. Es ist ein neuer Versuch zu den vielen dagewesenen, den Electro-Magnetismus als Triebkraft zu benützen, und wie schon früher Drehbänke und andere kleine Mechanismen sich durch diesen Motor bewegten, so bewegt sich auch das Boot ganz gut, ohne deshalb mehr zu sein, als ein interessantes Curiosum; denn die so gewonnene Kraft kostet reichlich dreißig-mal mehr, als wenn sie von einer gewöhnlichen Dampf-maschine entnommen wäre.

Locales.

Se. Excellenz der Herr Statthalter Freiherr von Bach ist gestern von Wien hieher zurückgekehrt. Dieser Tage ist Herr Kotte, Professor am Musik-conservatorium in Dresden, ein vorzüglicher Orgel-virtuose, hier eingetroffen und wird sich, da sein Aufent-halt nur wenige Tage dauert, heute Abend in einem engern Kreise von Musikfreunden im Profelocale der phil-harmonischen Gesellschaft leider nur am Clavier hören lassen.

Theater. Gestern hatten wir zur Abwech-slung einmal unterhaltenden Unsinn, gewürzt durch einige kernige Witz und eine aus dem Ganzen hervor anheimelnde österreichische Gemüthlichkeit in der „Hammer-schmiedin aus Steiermark.“ Wir müssen der Darstellung das Lob ertheilen, daß alles gut klappte und der Abend recht angenehm verlief.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

West, 14. November. Die Dampfschiffahrts-Gesellschaft für die mittlere Donau hat sich heute consti-tuirt und wurde Herr Josef Hajos zum Präses und Herr Moriz Wahrmann zum Vicepräses gewählt.

tere Gesekentwürfe ein; darunter jene, betreffend die Ueberrahme der Grundsteueranlagungskosten auf die Staatscasse, die Aufhebung der Rhein-Schiffahrtsabga-ben und die Concessionirung von Genossenschaften und Consumvereinen.

Berlin, 14. November. Der „Staatsanzeiger“ bringt die Aufhebung des die „Neue Freie Presse“ be-treffenden Verbotes.

Berlin, 14. November. Die „Provinzial-Corre-spondenz“ schreibt: Die preussische Regierung, welche die Officiere der altbewährten hannoverschen Armee als erwünschten Zuwachs der preussischen Armee begrü-ßen würde, deren unfreiwillige Fernhaltung aber im Interesse der Betheiligten und deren Familien lebhaft bedauert, dürfte sich nunmehr veranlaßt finden, eine Ent-scheidung über den Eintritt dieser Officiere in die preu-ßische Armee, mit oder ohne vorherige Erklärung Seitens des vormaligen Königs herbeizuführen.

Florenz, 14. November. Die „Nazione“ meldet, das Parlament werde für den 11. December einberufen. Dasselbe Blatt vernimmt, daß ein Beamter des päpst-lichen Finanzministeriums mit einer Mission in der Frage wegen der päpstlichen Schuld nach Paris betraut worden sei.

Bern, 14. November. Der Bundesrath hat die Anschaffung des Winchester-Repetirstukens für die schwei-zerische Armee beschlossen. Das Militär-Departement wurde mit dem sofortigen Abschlusse der bezüglichen Ver-träge beauftragt.

Paris, 13. November, (Abends.) Der Kaiser und die Kaiserin sind um zwei Uhr nach Com-piegne abgereist. — Die Militärcommission wird Donnerstag in Compiegne eine Sitzung abhalten.

Paris, 14. November. Der „Moniteur“ meldet: Die Admirale Rigault de Genouilly und Charner sind in die Militärcommission berufen worden, nachdem sich diese Commission auch mit Recrutirung der Seearmee beschäftigen soll.

Toulon, 14. November. Es ist eine Anshebung der Matrosen in allen Marine-Inscriptions-Bezirken angeordnet. Die Anshebung, die Mannschaft umfassend, welche wieder beurlaubt werden kann, ist bestimmt, die verabschiedeten Matrosen zu ersetzen und die Bemannung der Transportschiffe zu bilden, welche die Bestimmung haben, die Truppen aus Mexico abzuholen.

Madrid, 13. November. Ein königliches Decret erkennt den Unterofficieren das Recht zu, in der Cava-lerie und Infanterie Officiere werden zu können.

St. Petersburg, 14. November. Der Kanzlei-director im Ministerium des Auswärtigen von West-mann wurde an die Stelle des geheimen Rathes von Moukhanov zum Gehilfen des Ministers des Aeußern ernannt. — Die letzte Allocution des Papstes, betref-fend Rußland, wurde hier mit größter Reserve aufge-nommen.

Bukarest, 14. November. Die Wahlen sind in Bukarest durchgängig radical, auf dem Lande aber über-wiegend conservativ ausgefallen.

Das Postdampfschiff „Germania“, Capitän Ehlers, ging, expedirt von Herrn August Volten, William Mil-lers Nachf., am 10. November voll besetzt von Ham-burg via Southampton nach New-York ab.

Theater.

Heute Freitag den 16. November: Pflügetächter. Lustspiel in 3 Acten von Benedix. Mord in der Kohlmeßergasse. Pöffe in 1 Act von A. Bergen. Morgen Samstag den 17. November: Zum Vortheile der Schauspielerin Agnes Schäßler. Mit der Feder. Lustspiel in einem Act. Aus der komischen Oper. Lustspiel in 1 Act. Meister Fortunio's Liebeslied. Komische Operette in 1 Act von Cremieux und Halevy. Musik von J. Offenbach. Solo-Tanz, ausgeführt von Fr. Dellmesberger.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with columns: November, Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Pariser Linien auf 0° R. reducirt, Lufttemperatur nach Reaumur, Wind, Anhalt des Stimmes, Niederschlag binnen 24 St. in Pariser Linien. Data for 15. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31.